

Initiativen für ZIM-Fortführung

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat sich am 09.09.2026 zu einer Sondersitzung getroffen. Das Bundeswirtschaftsministerium unterrichtete die Parlamentarier u.a. über den Antragstopp des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM). Der überraschende Stopp des Forschungsprogramms für den Mittelstand war unmittelbar vor der Ausschusssitzung auch Thema in der Debatte um den Haushalt 2027 des Bundeswirtschaftsministeriums.

Fraktionsübergreifend waren sich die Abgeordneten einig, dass der aktuelle Antragstopp und die im Haushalt 2027 vorgesehenen Kürzungen für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) die falschen Signale für mittelständische Unternehmen seien. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte Anfang Juli einen Antragstopp verhängt, weil die Zahl der Anträge die verfügbaren Mittel überstiegen habe. Im Haushalt 2027 sind für das Forschungsprogramm ZIM aktuell rund 539 Millionen Euro (2026: 558,4 Millionen Euro) eingeplant.

Der Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion betonte, dass das ZIM ein wichtiges und erfolgreiches Förderprogramm für den Mittelstand darstelle. Die geplanten Kürzungen würden im Laufe der nun anstehenden Haushaltsberatungen noch einmal eingehend diskutiert werden. In diesem Jahr habe das Programm grünes Licht für 3.000 neue Projekte gegeben. Gerade in schwierigen wirtschaftlichen Situationen solle der Gesetzgeber jedes Engagement von Unternehmen unterstützen.

Der Vertreter aus der AfD-Fraktion gab zu bedenken, dass durch das ZIM-Programm bei Unternehmen mit eigenen Abteilungen für Forschung und Entwicklung neue Arbeitsplätze entstünden, wobei es sich meistens um Arbeitsplätze für qualifizierte Mitarbeiter handele. Der Staat profitiere davon, weil dadurch höhere Steuereinnahmen zu erwarten seien. Auch aus diesem Grund sei es unverständlich, weshalb die Bundesregierung bei diesem Förderinstrument sparen wolle.

Vonseiten der SPD-Fraktion kam der Hinweis, dass das Bundeswirtschaftsministerium eine Weiterentwicklung des Programms plane. Im Zuge solcher Überlegungen solle geprüft werden, wie sich die Antragstellung effektiver und effizienter gestalten lasse. Der Redner der SPD betonte jedoch, das ZIM sei ein sehr erfolgreiches Förderprogramm, das seit Jahrzehnten erprobt sei und das auch in Zukunft für möglichst viele Unternehmen aus dem Mittelstand bereitstehen müsse.

Die Abgeordneten der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke erklärten, die Diskussion über das ZIM mache vor allem eines deutlich: Die Bundesregierung rede zwar immer über Innovation und betone, wie wichtig der Mittelstand für die Wirtschaft hierzulande sei, doch die Kürzungen beim ZIM zeigten, dass Innovation und der

Innovative Mittelstand eben nicht priorisiert würden. Die hohen Antragzahlen beim ZIM im laufenden Jahr seien eine Reaktion auf die schwierige wirtschaftliche Lage im innovativen Mittelstand. Unternehmen rechneten sich Marktchancen aus, wenn sie investierten, und genau dabei unterstütze sie das ZIM.

Einheitlich wird somit von allen Parteien die Notwendigkeit der ZIM-Förderung für den innovativen Mittelstand bestätigt. Somit kann davon ausgegangen werden, dass die ZIM-Fortführung ab Januar 2027 vom Bundeswirtschaftsministerium noch in diesem Jahr offiziell beschlossen wird.

PPM geht davon aus, dass nach ZIM-Wiedereröffnung eine große Flut neuer Anträge eingereicht wird, wodurch längere Bearbeitungszeiten wie auch ggf. ein frühzeitiger erneuter Antragsstopp in Folge ausgeschöpfter Haushaltsmittel zu erwarten ist. Deshalb empfiehlt PPM geplante ZIM-Anträge noch in diesem Jahr abgabefertig vorzubereiten.

Evaluierungsbericht zur Forschungszulage vorgelegt

Die Bundesregierung hat den Evaluierungsbericht zum Forschungszulagengesetz für den Zeitraum 2021 bis 2025 vorgelegt. In ihrer Stellungnahme bewertet die Bundesregierung die Forschungszulage positiv. Nach den Ergebnissen der Evaluation hätten Unternehmen mit positiv beschiedenem Antrag ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) im Durchschnitt um 13,7 Prozent und die Zahl ihrer in diesem Bereich Beschäftigten um 11,4 Prozent erhöht. Die FuE-Aktivitäten seien damit „signifikant“ gestiegen. Weiter hervorgehoben wird, dass ein „Förder-Euro mindestens einen Euro an internen FuE-Ausgaben“ auslöse. Die Zulage führe zudem „nachweislich“ zu privaten Mehrinvestitionen. **„Damit zeigt sich, dass die Forschungszulage einen wertvollen und positiven Beitrag zur Förderung von Innovation und Entwicklung leistet und auch künftig mit einer weiterhin spürbaren und förderlichen Wirkung zu rechnen ist“**, resümiert die Bundesregierung.

Die Bundesregierung begrüßt die Empfehlung der Evaluatoren, die Ausrichtung der Forschungszulage auf kleinere und mittlere Unternehmen noch zu verbessern und das Antragsverfahren weiter zu optimieren.

Damit steht hier weiterhin eine attraktive Fördermaßnahme zur Verfügung, die nicht nur bereits begonnene Projekte (Projektstart: 01.01.2022 bei Antragstellung bis 31.12.2026) einbezieht, sondern auch steuerfreie Fördermittel für Projektaufwendungen ohne Begrenzung der Jahrespersonalkosten (z. B. bei ZIM: Besserstellungsverbot und max. 150 T€ p. a.) gewährt.

Wir unterstützen Sie gern mit unserer langjährigen Erfahrung bei der Erlangung von Fördermitteln der verschiedenen Zuwendungsgeber. Sprechen Sie uns einfach an, um ein erstes unverbindliches Treffen zur Projekterörterung abzustimmen.

PPM Managementberatung GmbH

Thea-Bähnisch-Weg 30

30657 Hannover

Telefon: 0511/6060960 / Mail: info@ppm-gmbh.de

Bitte teilen Sie uns mit, wenn Sie keine weiteren Informationen von uns erhalten möchten.